

«Trau, schau, wem»

Datenbasierte Analysen, Medien und Transparenz in der Politik. Von Daniel Schwarz und Jan Fivaz

Zu Recht werden ein sorgsamer Umgang mit politischen Ratings und eine sachgerechte Interpretation und Einbettung von datenbasierten Analysen in den politischen Kontext gefordert. Die in einem Gastbeitrag in der NZZ (7.3.13) gestellte Diagnose einer «problematischen Transparenz- und Technologiegläubigkeit» sowie methodischer Unzulänglichkeiten bei den Rating-Erstellern greift allerdings zu kurz. Kritisiert wurde konkret eine Auswertung, welche die Antworten der Nationalratsmitglieder im Smartvote-Fragebogen mit ihrem tatsächlichen Stimmverhalten im Parlament verglichen hat und von «20 Minuten» sehr offensiv – und aus unserer Sicht inhaltlich falsch – als «Ehrlichkeitsrating» vermarktet wurde. Wir hatten auf die Titelgebung und die Ausgestaltung des Artikels keinerlei Einfluss. Zum Rating gehörten allerdings auch eine Serie von Interviews mit betroffenen Parlamentsmitgliedern sowie ein langes Gespräch mit dem für die Auswertung verantwortlichen Politologen. Darin wurde ausführlich dargelegt, was bei der Interpretation des Ratings zu berücksichtigen ist, wo die Schwächen und methodischen Grenzen des Ratings liegen und warum Politiker, die im Vergleich die oberen Ränge belegen, nicht als bessere Parlamentarier betrachtet werden dürfen. Die angemahnte Einbettung und Interpretation wurde also sehr wohl geliefert, und wer das Interview liest, findet darin auch keinerlei Transparenz- und Technologiegläubigkeit.

Auch wir sind der Meinung, dass methodische Hinweise und die Einbettung in den Kontext häufig zu kurz kommen. Der «20 Minuten»-Artikel ist beileibe kein Einzelfall, was eine Auswahl an Medienberichten der letzten Monate zeigt: die sogenannte «Schwänzer-Liste» der Nationalräte mit den meisten Abwesenheiten, ein Bericht zur Budgetdebatte mit der Bildbeschriftung «So sieht die ausgabenfreudigste Parlamentarierin aus» oder ein Beitrag zur gescheiterten Finanzierung der Gripen-Beschaffung, der drei «schuldige» Ständeräte identifiziert.

Transparenz darf keinesfalls zum reinen Selbstzweck verkommen. Mehr Transparenz rechtfertigt sich nur, wenn sich daraus zum einen verbesserte Möglichkeiten zur demokratischen Kontrolle der Politik ableiten lassen und zum anderen ein Beitrag zu einer umfassend informierten Öffentlichkeit geleistet wird. Die erste Bedingung wird weitgehend erfüllt: Die neu geschaffene Transparenz begrenzt die Möglichkeit willkürlicher Entscheidungen und zwingt die Politik, über ihr Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber verstärkt Rechenschaft abzulegen.

Schlechter steht es um die Erfüllung der zweiten Bedingung. Zwar war die Politik für die breite Bevölkerung noch nie so zugänglich wie heute. Informationen sind fast unbeschränkt verfügbar. Ein deutliches Verbesserungspotenzial besteht aber bei der Aufbereitung und Interpretation dieser Informationen. So wird die Transparenz – wie beschrieben – oft zur Skandalisierung missbraucht. Die Veröffentlichung von Fehlinterpretationen und verkürzten Darstellungen wird nicht als peinlicher Fehler betrachtet, sondern als bewusste Strategie zur Unterhaltung der Leserschaft eingesetzt. Das Phänomen ist grundsätzlich nicht neu, wird durch die erhöhte Transparenz aber zusätzlich befeuert.

Eine verbesserte Transparenz bringt schliesslich noch eine weitere Herausforderung mit sich: nämlich die Gefahr, den bereits etablierten Akteuren in die Hände zu spielen. Lobbygruppen und Parteileitungen fällt es heute leichter, bei Abwechslern die Daumenschrauben anzusetzen. Die unerwünschten Folgen sind ein weniger freies Stimmverhalten sowie mehr Sand im Getriebe unserer stark konsens- und kom-

promissgeprägten Demokratie.

Wer trägt die Verantwortung für den Umgang mit Ratings und datenbasierten Auswertungen? Zunächst sind da sicher diejenigen zu nennen, welche Daten auswerten und sie den Medien zur Verfügung stellen. Die methodisch korrekte Umsetzung und die sachgerechte Interpretation der Resultate bilden die unerlässliche Basis. Auch könnte man sich bei der medialen Weiterverbreitung stärker am geflügelten Wort «Trau, schau, wem» orientieren. Doch angesichts der heutigen Medienrealität macht man es sich zu einfach, wenn bei Fehlern mit dem Finger allein auf die Datenanalysten gezeigt wird. Die Forderung nach einer sachgerechten Einbettung von Informationen in den politischen Kontext muss in erster Linie an die Medien gerichtet werden. Es bedarf ihrer Unterstützung. Nur sie können den dazu notwendigen Platz in den Berichten zur Verfügung stellen.

.....
Daniel Schwarz und **Jan Fivaz** sind Politikwissenschaftler, Mitbegründer der Online-Wahlhilfe Smartvote sowie der Parlamentsbeobachtungsplattform Smartmonitor.